

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

Schirmherrin: Andrea Fischer, Bundesgesundheitsministerin a. D.

Postanschrift:

BPE e.V. , Wittener Str. 87, 44789 Bochum

c/o Ruth Fricke
Mozartstr. 20 b
32049 Herford
Tel. + Fax: 05221/86410
e-mail: Ruth.Fricke@t-online.de
oder: vorstand@bpe-online.de

An das
Bundesministerium der Justiz
11015 Berlin

29.06.06

Betr.: Referentenentwurf eines Gesetzes zur Reform des Verfahrens in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG-Reformgesetz)

Stellungnahme zu Buch 3 Verfahren in Betreuungs- und Unterbringungssachen

Sehr geehrte Frau Ministerin Zypries!
Sehr geehrte(r) MR Dr. Meyer-Seitz!

Als einziger bundesweiter diagnoseübergreifender Zusammenschluß von Menschen, die Psychiatrieerfahrung in der Patientenrolle gemacht haben, nehmen wir nachfolgend zu einigen Regelungen im Buch 3 (Verfahren in Betreuungs- und Unterbringungssachen) des vorgelegten Referenten-entwurfes zum FGG-Reformgesetz Stellung.

Zum Artikel 57 (Änderung des Betreuungsbehördengesetzes) werden wir aufgrund aktueller Bundesratsbeschlüsse in den nächsten Tagen noch Stellung nehmen.

Nun zu den gesetzlichen Bestimmungen, die aus Sicht der Psychiatrie-Erfahrenen noch einer Korrektur bedürfen:

§ 288

Hier sind wir der Auffassung, dass das Gericht stets einen Verfahrenspfleger, unabhängig vom Umfang der angeregten Betreuung, zu bestellen hat, wenn der Betroffene die Betreuung nicht selbst beantragt hat und/oder keinen Bevollmächtigten nach § 11 benannt hat. Die Einrichtung einer gesetzlichen Betreuung gegen den Willen des Betroffenen stellt immer einen tiefen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte des Betroffenen dar. Betroffene sind mit den geltenden Rechtsgrundlagen i.d.R.

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

nicht so vertraut, dass sie Ihre Rechte bis zum Abschluß des Verfahrens ohne sachkundige Unterstützung allein vertreten können.

§ 290

Abs. 2, Satz 2 sollte wie folgt geändert werden: „Das Gericht hat die Betroffenen stets auf die Möglichkeit der Vorsorgevollmacht und deren Inhalt hinzuweisen.“

Wir befürchten, dass die Formulierung „in geeigneten Fällen“, dazu führt, dass in der Praxis die Aufklärung über die Möglichkeit der Vorsorgevollmacht unterbleibt, zumal nirgends definiert ist, was den „geeignete“ bzw. „ungeeignete“ Fälle sind.

Im Abs. 4 schlagen wir vor „ärztliches Gutachten“ durch fachärztliches Gutachten zu ersetzen.

§ 291

Im Abs. 3 sollte der Halbsatz „wenn dies ohne erhebliche Verzögerung möglich ist“ ersatzlos gestrichen werden.

Aus unserer Sicht ist es wegen der Schwere des Eingriffs in die Persönlichkeitsrechte unverzichtbar, dass der/die Betroffene immer eine Person seines Vertrauens hinzuziehen kann, wenn er/sie dies denn wünscht.

Des Weiteren ist ein Widerspruchsrecht des Betroffenen gegen die Verfahrensbeteiligung von Personen aus seinem persönlichen Umfeld zu codifizieren.

§ 294

Hier sind wir der Meinung, dass Gutachten nach § 18 SGB 11 beim MdK nur mit ausdrücklicher Zustimmung der/des Betroffenen angefordert werden dürfen. Eine Anforderung und Herausgabe bestehender Gutachten, die zu anderen Zwecken erstellt wurden, ohne vorherige Zustimmung der/des Betroffenen, stellt eine Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht dar und ist somit nach StGB strafbewehrt. .

Es kann nicht angehen, dass der MdK bestehende Gutachten ohne Wissen der/des Betroffenen an das Gericht herausgibt, dieses die Gutachten auf Verwertbarkeit prüft und der /die Betroffene erst und ausschließlich nur dann Kenntnis von diesem Verfahren erhält, wenn das Gericht diese Gutachten anstelle der nach §292 FGG vorgesehene Gutachten verwenden möchte.

Abgesehen von dem Verstoß gegen die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen, ist dieses Verfahren auch äußerst unökonomisch. Da die Verwendung dieser MdK-Gutachten nach Abs. 3 des § 294 nur mit Genehmigung des Betroffenen möglich ist. Wenn von vornherein feststeht, dass der/die Betroffene ein gesondertes Gutachten nach § 292 FGG wünscht, würde der Arbeitsaufwand, der mit der Anforderung und Sichtung der MdK-Gutachten verbunden ist, gänzlich entfallen und nur in der Fällen stattfinden, wo der /die Betroffen selbst wünscht, dass die MdK-Gutachten angefordert werden.

§ 295

Hier fordern wir die ersatzlose Streichung des letzten Satzes: „Die Anordnung ist nicht anfechtbar.“

Es kann nicht angehen, dass die Betroffenen gegen eine zwangsweise Vorführung zu einer gutachterlichen Untersuchung keine Rechtsmittel einlegen können. Jede Zwangsanwendung ist eine erheblicher Eingriff in die grundgesetzlich geschützten Persönlichkeitsrechte. Wenn Zwang angeordnet wird, müssen rechtliche Schritte zur Überprüfung für die Betroffenen möglich bleiben. Andernfalls wird staatlicher Willkür Tür und Tor geöffnet.

§ 296

Eine Unterbringung zur Vorbereitung eines Gutachten für einen Zeitraum von 6 Wochen bis 3 Monaten halten wir für unangemessen.

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

Wenn festgestellt werden soll, ob ein Mensch seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht mehr selbst erledigen kann, so ist dies ja wohl in wesentlich kürzerer Zeit zu ermitteln. Wenn man 3 Monate braucht, um bei dem Betroffenen eventuelle Defizite bei der Bewältigung seiner Angelegenheiten aufzuspüren, können diese Defizite kaum so groß sein, dass eine gesetzliche Betreuung gerechtfertigt wäre. Es muss immer bedacht werden, dass es sich bei einer Unterbringung um eine freiheitsentziehende Maßnahme handelt. Da Freiheit unser grundgesetzlich gesichertes höchstes Gut ist, ist es Auftrag der Gesetzgebung, hier die Verhältnismäßigkeit zu wahren. Aus eben diesem Grunde ist auch hier der Satz „Die Anordnung ist nicht anfechtbar“ zu streichen.

Desweiteren erhöhen diese unangemessen langen Unterbringungszeiten letztendlich wieder die Krankenkassenbeiträge, da die Unterbringungskosten von den Krankenkassen getragen werden.

§ 300

Die Gründe für die Einrichtung einer Betreuung sind unserer Auffassung nach den Betroffenen stets mitzuteilen. Nachteile für die Gesundheit des Betroffenen sind aus unserer Erfahrung eher zu erwarten, wenn hinter dem Rücken der Betroffenen agiert wird. Der Betroffene muß die Gründe auch kennen, um sie ggf. überprüfen lassen zu können.

§ 306

Die in Abs. 2 getroffenen Regelungen stellen u. E. einen Widerspruch in sich dar. Wenn es um die Erweiterung der Betreuung oder des Einwilligungsvorbehaltes geht, muß sich an den Fähigkeiten oder am Gesundheitszustand des Betroffenen seit der letzten Verfahrensverhandlung und Begutachtung etwas verändert haben. Demzufolge kann doch wohl nur durch eine erneutes Gutachten festgestellt werden, ob aufgrund von Veränderungen des Gesundheitszustandes oder der Fähigkeiten der Betroffenen eine Erweiterung des Aufgabenkreises des Betreuers und die Erweiterung des Kreises der einwilligungsbedürftigen Willenserklärungen notwendig ist und wenn ja für welche Bereiche und in welchem Umfang. Dabei kann es keine Rolle spielen wann die letzte Begutachtung stattgefunden hat, denn der vermutete Erweiterungsbedarf hat sich ja eben erst nach dieser letzten Begutachtung ergeben.

§ 310

Eine Sterilisation, ohne dass der/die Betroffene selbst seine Einwilligung dazu gibt, halten wir für rechtlich und moralisch für höchst problematisch. Es kann nicht angehen, dass jeder Betreuer einer Sterilisation seines/seiner Betreuten zustimmen kann ohne dass der Betreute selbst hierzu seine Zustimmung gegeben hat. Wenn der Betreuer lt. §1905 BGB den Willen des Betreuten ermitteln kann, dann kann das Gericht diesen Willen auch ermitteln.

§ 311

Auch hier fordern wir im Abs. 1 die ersatzlose Streichung des letzten Halbsatzes „... wenn dies ohne erhebliche Verzögerung möglich ist.“

Der/die Betroffene muß stets die Gelegenheit haben Personen ihres Vertrauens hinzuzuziehen. (Begründung siehe §291)

§ 314

Hier fordern wir die ersatzlose Streichung des Abs. 2. Auch bei gesteigerter Dringlichkeit ist dafür Sorge zu tragen, dass die Betreuungsverfügung eines Betroffenen eingehalten wird und keine Personen zu Betreuern bestellt werden mit denen Interessenkonflikte bestehen.

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

§ 315

Die Gültigkeit einer „einstweiligen Anordnung“ für einen Zeitraum von 6 bis 12 Monaten halten wir für unangemessen. Das Wort „einstweilig“ zeigt, dass es sich um eine vorübergehende Anordnung handelt und diese kann nur greifen, bis das Verfahren zur Einrichtung einer Betreuung auf dem normalen Wege abgeschlossen ist. Wenn gleichzeitig mit der einstweiligen Anordnung das ordentliche Verfahren eingeleitet wird, dürfte ein wesentlich kürzerer Zeitraum hinreichend sein. Allerdings müsste im Gesetz codifiziert werden, dass das ordentliche Verfahren zeitgleich mit der einstweiligen Anordnung einzuleiten ist.

§ 322

Den generellen Entzug des Wahlrechts für Menschen mit umfassender Betreuung halten wir für unangemessen und auch für nicht vereinbar mit dem Grundgesetz.

§ 325

Wir fordern Sie auf den Punkt 3. „eine freiheitsentziehende Unterbringung eines Volljährigen nach den Landesgesetzen über die Unterbringung psychisch Kranker“ dahingehend zu präzisieren, dass bei den Folgeparagrafen notwendige Differenzierungen für den Bereich der Unterbringungen nach den PsychKG's in der Allgemeinpsychiatrie und der Unterbringung nach Maßregelvollzugsgesetzen in Forensischen Kliniken möglich werden.

§ 328

Im Absatz 4 ist nach den Worten „Beteiligt werden können im Interesse des Betroffenen“ der Halbsatz „soweit der Betroffene dem zustimmt“ einzufügen.

Eine Beteiligung von Ehegatten, Lebenspartnern, Eltern oder Kindern, kann nur dann im Interesse des Betroffenen liegen, wenn er dies auch selbst wünscht. Sind Konflikte mit Personen aus dem genannten Kreis die Ursache für die gegenwärtige Situation des Betroffenen, so kann deren Beteiligung kontraproduktiv wirken. Häufig besteht auch zu Blutsverwandten seit Jahren kein Kontakt mehr. Es kann daher im berechtigten und schutzwürdigen Interesse der Betroffenen liegen, dass diese Personen nicht über das laufende Verfahren informiert werden und schon gar nicht Verfahrensbeteiligte werden.

§ 339

Abs. 2 ist wie folgt zu ergänzen: „Gewaltanwendung bei der Zuführung zur Unterbringung möglichst zu vermeiden. Zum Zwecke der Gewaltvermeidung sind die örtlichen Krisendienste in das Zuführungsverfahren einzubeziehen.“

§ 342

Dieser Paragraph zeigt besonders deutlich die Probleme, die damit verbunden sind, dass im § 325 keine klare Trennung zwischen der Unterbringung in der Allgemeinpsychiatrie und im Maßregelvollzug vorgenommen wurde.

Nach den PsychKG's der meisten Länder ist die Unterbringung in der Allgemeinpsychiatrie auf zunächst 6 Wochen beschränkt und kann dann, falls erforderlich, verlängert werden. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Allgemeinpsychiatrie liegt einschließlich der öffentlich rechtlichen und betreuungsrechtlichen Unterbringungsfälle (regionalunterschiedlich), derzeit zwischen 18 und 28 Tagen. Hier wegen der fehlenden Differenzierung auch für den Bereich der Allgemeinpsychiatrie Unterbringungsdauern von 4 Jahren und mehr zu ermöglichen, hat nichts mehr mit der Abwendung von akuter Selbst- oder Fremdgefährdung in Zeiten akuter psychischer Krisen zu tun.

Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener e.V.

§ 346

Die Gültigkeit einer „einstweiligen Anordnung“ für einen Zeitraum von 6 Wochen bis 3 Monaten halten wir für unangemessen. Das Wort „einstweilig“ zeigt, dass es sich um eine vorübergehende Anordnung handelt und diese kann nur greifen, bis das Verfahren zur Unterbringung auf dem normalen Wege abgeschlossen ist. Wenn gleichzeitig mit der einstweiligen Anordnung das ordentliche Verfahren eingeleitet wird, dürfte ein wesentlich kürzerer Zeitraum hinreichend sein. Allerdings müsste im Gesetz codifiziert werden, dass das ordentliche Verfahren zeitgleich mit der einstweiligen Anordnung einzuleiten ist.

Wir würden uns freuen, wenn unsere Forderungen und Anregungen im weiteren Gesetzgebungsverfahren Berücksichtigung fänden und wenn Sie uns über den Stand der Beratungen auf dem Laufenden halten würden.

Für den Fall einer geplanten Verbändeanhörung bitten wir um eine Einladung.

Mit freundlichen Grüßen

Ruth Fricke

Mitglied des geschäftsführenden
Vorstandes des BPE e.V.